

Nein zur Unispital Aktiengesellschaft

Es gibt Besseres als diese Fusion

Die Fusion der öffentlichen Spitäler beider Basel und deren Überführung in eine Aktiengesellschaft ist eine schlechte Idee. Die Folgen dieser Fusion tragen weder Regierungsrätinnen und Verwaltungsräte noch die Spitaldirektoren sondern die Patientinnen und Patienten, die Prämienzahler, das Spitalpersonal und die Universitätskliniken. Es gibt viele Gründe, die nahe legen, dass diese Fusion zum Scheitern verurteilt ist.

Probleme lösen statt verschieben!

Fusionen sind schwierig. Baselland weiss dies seit 2012, als die Spitäler Liestal, Laufen und Bruderholz zusammengelegt wurden. Die unglücklichen Folgen dieser BL-Fusion sind immer noch sichtbar: Verunsicherung von A bis Z, marode Spitalbauten, leere Stockwerke in Liestal, Investitionslücken, sinkende Patientenzahlen. Bis heute verlassen Kaderärzte die BL-Spitäler, ganze Fachbereiche sind ausgezogen (s. Frauenklinik, Orthopädie, Urologie). Statt diese Probleme in eigener Verantwortung zu lösen, sollen sie nun mit der Fusion Richtung Basel-Stadt verschoben werden.

Auch die Finanzierung wird von BL nach BS verschoben...

Basel-Stadt soll zwei Drittel der Spitalaktien übernehmen. BL trägt lediglich einen Drittel dazu bei, will aber die gleiche Mitbestimmung wie BS. Dies ist alles andere als partnerschaftlich und für BS nicht akzeptabel. Auch die Kosten für Lehre und Forschung von jährlich 24 Millionen Franken soll BS alleine bezahlen.

...und hiermit das Risiko

Die Fusion ist nicht finanzierbar. Nur schon die Um- und Neubauten des K2-Trakts im Universitätsspital Basel (USB), des Behandlungstrakts in Liestal und des Bruderholzspitals belaufen sich auf weit über eine Milliarde Franken. Teure Apparate und Betriebskosten kommen dazu. Alles müsste gemäss heutiger Gesetzgebung von der Spital AG selbst finanziert werden. Das ist nicht möglich.

Das Kantonsspital BL muss sich zuerst von dem in den vergangenen vier Jahren eingefahrenen Verlust von 65,5 Millionen Franken erholen. Der prognostizierte Synergieeffekt der Zusammenlegung wird sich, wenn überhaupt, erst ab 2026 bemerkbar machen. Es ist ausgeschlossen, dass die Spital AG in den nächsten zehn Jahren alles Versprochene finanzieren kann. Es wird Abstriche geben. Ohne Mitbestimmung der kantonalen Parlamente und der Bevölkerung, denn diese werden mit der AG ausgeschaltet. Soll etwa der Basler Spitalneubau am Petersgraben auf den Nimmerleinstag verschoben werden?

Zum Scheitern verurteilt

Die Fusion der beiden Kinderspitäler zu einem UKBB war erfolgreich, weil sie in Form einer öffentlichen Anstalt zur Konzentration an einem Standort führte. Die Fusion zur Spital AG hingegen entspricht einer Dezentralisierung auf vier Standorte mit je einer teuren Grundausstattung. Dabei ist der Standort Bruderholz überflüssig. In der Orthopädie gibt es bereits Ueberkapazitäten und für die Verlagerung von stationären zu ambulanten Eingriffen braucht es kein neues Spital. Das Baselbiet hat in seiner

Bruderholz-Abstimmung ja auch etwas anderem zugestimmt, als ihm nun aufgetischt wird.

Der Service Public würde mit der Fusion untergraben

Aus der öffentlichen Anstalt des USB würde eine AG, das öffentliche Recht durch Privatrecht (Obligationenrecht) ersetzt. Mit weitreichenden Folgen für die Anstellungsbedingungen und Altersvorsorge der Mitarbeitenden. Ebenso würde die demokratische Mitbestimmung bis hin zu Referenden und Initiativen, den grundlegenden politischen Rechten der Bevölkerung, verloren gehen.

Gemäss Vertrag könnte BL in zwölf Jahren aussteigen. Lediglich drei von fünf BL-Regierungsräten könnten dies provozieren. Ein leider realistisches Szenario. Was dann? Alleinverantwortung von Basel-Stadt oder Mitträgerschaft von Privaten?

Mit der Fusion würden unsere Spitäler, insbesondere das Universitätsspital Basel, finanziell und administrativ auf Jahre hinaus blockiert. Nur schon das Einsparen aller Spitäler auf eine einheitliche Informatik wäre voller Risiken und ein lang andauernder, lähmender Prozess.

Die Fusion ist ein Klumpenrisiko

Sie erfüllt keines der erklärten Ziele. Es wird nicht gespart. Die Krankenkassenprämien werden nicht gesenkt und die Medizinische Fakultät braucht zu ihrer Sicherung auch weiterhin die Zusammenarbeit mit dem Felix Platter-Spital und weiteren öffentlichen und privaten Spitälern unserer Region.

Die bessere Lösung: der Regionale Spitalverbund

Obwohl schon in der Vernehmlassung auf Alternativen zur Spitalfusion aufmerksam gemacht wurde, sind solche nicht eingehend geprüft worden. Eine unentschuld bare Unterlassung. Denn ein Regionaler Spitalverbund wäre eine nachhaltige und kurzfristig realisierbare Lösung. Sie könnte wie folgt aussehen:

- Die Kantone BS und BL planen künftig gemeinsam und steuern die regionale Spitallandschaft über eine gemeinsame Spitalliste. Beides ist im ebenfalls zur Abstimmung kommenden Staatsvertrag zur gemeinsamen Planung vorgesehen. Ihm ist zuzustimmen.
- BS und BL erweitern ihre vertragliche Vernetzung mit gemeinnützigen und auch mit öffentlichen Spitälern benachbarter Kantone. Beides ist teilweise schon gut aufgegleist.
- Die öffentlichen Spitäler BS (inkl. Felix Platter-Spital) und BL beschliessen eine gemeinsame Werbung, ein regionales statt einzelwirtschaftliches Spitalmarketing, gemeinsame Aus- und Weiterbildung ihrer Angestellten und einen gemeinsamen Einkauf. Dem könnten sich auch gemeinnützige Spitäler anschliessen.
- Darüber hinaus schafft jeder Kanton Ordnung im eigenen Zuständigkeitsbereich.

Mit einem Regionalen Spitalverbund könnten alle von den Regierungen BS und BL angestrebten Ziele erreicht werden. Demokratische Entscheide wären weiterhin möglich; die Privatisierung wäre vom Tisch.

Remo Gysin, ehem. Regierungsrat